

Antrag Nr. 15-F-03-0091 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff:

Erstversorgung von Gewaltopfern
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.09.2015

Antragstext:

Die ausführliche Antwort des Oberbürgermeisters zum Beschluss Nr. 0030 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten vom 13. Mai 2014 schlägt vor das sogenannte „Frankfurter Modell“ zur medizinischen Erstversorgung von Opfern sexueller Gewalt und anonymer Gerichtsmedizinischer Spurenversorgung zu übernehmen.

Viele Vergewaltigungen werden nicht angezeigt, weil die Betroffenen direkt nach der Tat nicht in der Lage sind, eine Entscheidung für oder gegen eine Anzeige zu treffen. So bleiben sie oftmals medizinisch unversorgt. In Frankfurt ist eine medizinische Versorgung und Beratung nach einer Vergewaltigung möglich, ohne vorher Anzeige zu erstatten. Dies gilt auch für Männer, die Opfer von sexueller Gewalt wurden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in Wiesbaden ein Angebot zur medizinischen Hilfe und Versorgung nach sexueller Gewalt analog des bewährten Angebots in Frankfurt unter Federführung des Wiesbadener Frauenreferats umzusetzen. Begleitend dazu ist eine Öffentlichkeitskampagne durchzuführen.

Wiesbaden, 16.09.2015

Gabriela Schuchalter-Eicke
Frauenpolitische Sprecherin

Carola Pahl
Fraktionsreferentin